

# Polnische Stimmen zu den Empfehlungen von Enno Meyer Ein Versuch, die deutsch-polnischen Beziehungen im Schulunterricht neu darzustellen

Von Gerard Labuda (übersetzt von Gotthold Rhode)\*)

Enno Meyer: Über die Darstellung der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht, Sonderdruck aus „Internationales Jahrbuch für Geschichtsunterricht, Braunschweig 1956“.

Aus: Przegląd Zachodni, Nr. 11/12, 1956, Seite 346—356.

Der Gedanke, aus den Geschichtsbüchern, die ihrer Natur nach eines der wichtigsten und wirksamsten Mittel zur Verbreitung aller Ideologien sind, all das zu entfernen, was wir Nationalismus und Chauvinismus nennen, ist zum ersten Male auf dem Internationalen Historikerkongreß in Oslo im Jahre 1928 in Erscheinung getreten. Auf diesem Kongreß wurde ein zweibändiges Werk mit dem Titel „Report on Nationalism in History Textbooks“ verteilt, in dem die Vertreter verschiedener europäischer Länder die in ihren Ländern beim Schulunterricht benutzten Lehrbücher für Geschichte und Gegenwartskunde unter diesen Gesichtspunkten charakterisierten<sup>1)</sup>.

Diese Veröffentlichung war zustande gekommen durch die Bemühungen von zwei kirchlichen Organisationen, die schon 1914 in Konstanz und seit 1925 in Stockholm tätig waren, und unter dem Einfluß des Völkerbundes. Sie gab einen Überblick über die gleich nach dem ersten Weltkriege unternommenen Bemühungen, aus den Lehrbüchern alle Erscheinungen des Nationalismus, alle Beurteilungen von Völkern, die sich als falsch erwiesen hatten, die verschiedenen Bewertungen, die die einen Völker als Kulturvölker, die anderen aber als Barbaren einstufte, beleidigende Wertungen und ähnliches zu entfernen.

Im Jahre 1932 fand im Haag eine Sitzung der Internationalen Konferenz für Geschichtsunterricht statt. Ihr Ergebnis war die Gründung einer dreisprachigen — englisch-deutsch-französischen — Zeitschrift<sup>2)</sup>. Sie sollte dem Gedanken einer Völkerverständigung dienen. Aufgabe der Konferenz sollte es sein, durch Revision der Programme für den Geschichtsunterricht in den verschiedenen Ländern einen Einfluß auf die Jugendziehung zu gewinnen. Die Teilnehmer an der Konferenz stellten den Historikern die Aufgabe, durch ihre praktische Tätigkeit jegliche Erscheinungen

\*) Die Übersetzung wurde vom Autor durchgesehen, der gegenüber dem polnischen Text kleine verdeutlichende Änderungen vorgenommen hat.

<sup>1)</sup> Report on Nationalism in History Textbooks, prepared and compiled by the Working Committee of a Special Commission on Education Stockholm, Stockholm 1928. Als Herausgeber erschienen die Universal Christian Conference on Life and Work und an zweiter Stelle die World Alliance for Promoting International Friendship through the Churches. Im ersten Bande äußerten sich: Erwin Barta (Österreich), Hubert Piroton (Belgien), F. Svanda und F. Loubal (Tschechoslowakei), F. C. Moore (England), A. Krenkmann und A. Laar (Estland), Gunnar Sarva (Finnland), J. Proudhommeaux (Frankreich), Arnold Reimann (Deutschland), L. Middelhof und E. Hoogkammer (Holland), Odön Szélenyi (Ungarn), P. Dreimann (Lettland), Nils Ostbye (Norwegen), Hanna Pohoska (Polen), C. Danielsson (Schweden), Hermann Bleuler und Henri Grandjean (Schweiz). Italien schickte nur Auszüge und Zitate. Im zweiten Band erschien eine umfangreiche Arbeit von A. Reimann: Gutachten über die deutschen Geschichtslehrbücher, die im Auftrag des Deutschen Lehrerverbandes für die Sektion Schulbücher der World Alliance for Christian Work and Life (Sic! d. U.) geschrieben worden war.

<sup>2)</sup> Bulletin trimestriel de la Conférence Internationale pour L'Enseignement de l'Histoire, Paris 1933. Diese Zeitschrift stellte bald ihr Erscheinen ein.

von Haß und Mißverständnissen zwischen den Nationen zu beseitigen. Sie mobilisierten die Historiker zum Kampf gegen eine „historische“ Rechtfertigung der von manchen Staaten und Völkern im Bereich der internationalen Politik begangenen Gewalttaten<sup>3)</sup>.

Auf der zweiten Tagung im Jahre 1934<sup>4)</sup> in Basel ließ sich feststellen, daß der Pulsschlag der Zusammenarbeit schwächer geworden war, während andererseits neue politische Kräfte in Erscheinung traten, denen der Gedanke einer Bekämpfung nationalistischer Vorurteile nicht sympathisch war. Die größte Aufmerksamkeit erregte auf der Baseler Tagung der Vertreter Deutschlands, Dr. Edelmann, der die nationalsozialistische (wörtlich: hitlerische, d. Ü.) Geschichtslehre im Unterricht zu begründen suchte. Er stellte in den Vordergrund die Notwendigkeit, nationale Geschichte zu betreiben, die in diesem Sinne offenbar einen nationalistischen Charakter annehmen mußte. Auf dieser Tagung referierte auch Professor Jan Dąbrowski aus Krakau über die Beziehungen zwischen allgemeiner und nationaler Geschichte und äußerte sich über die Behandlung der deutsch-polnischen Beziehungen in den polnischen Geschichtslehrbüchern.

Trotz der scharfen Diskussion und der vorwiegend gegen die deutsche Delegation gerichteten Angriffe machten die deutschen Historiker im Jahre 1935 konkrete Versuche, sich mit den französischen und polnischen Historikern über eine Revision der Geschichtslehrbücher zu verständigen<sup>5)</sup>. Die Ansichten der deutschen Seite über die französischen Geschichtslehrbücher stellte R. Hain in einer besonderen Arbeit unter dem Titel „Deutschland im Lichte französischer Geschichtslehrbücher für den Schulunterricht“ dar, worauf französischerseits mit einem Aufsatz: „Une tentative d'accord franco-allemand au sujet des manuels d'histoire“, geantwortet wurde. Infolge der Verschärfung der politischen Lage im Jahre 1938 wurde die weitere Diskussion eingestellt. Das gleiche Schicksal traf die in den Jahren 1937 und 1938 begonnenen deutsch-polnischen Gespräche<sup>6)</sup>. Sie wurden polnischerseits von Professor Jan Dąbrowski, deutscherseits von Professor Hermann Aubin aus Breslau geführt. Die deutsche Seite macht heute die polnischen Historiker dafür verantwortlich, daß eine Revision der Geschichtsbücher nicht durchgeführt wurde<sup>7)</sup>.

Nach den Erfahrungen des zweiten Weltkrieges wurden neue Gespräche zu diesem Problem aufgenommen. Im Jahre 1951 trafen 24 französische und deutsche Historiker in Mainz zusammen. Sie knüpften an die noch vor dem zweiten Weltkriege begonnenen Verhandlungen wieder an. Die Diskussion behandelte vor allem Probleme der Zeit nach der Französischen Revolution. Im Unterschied zu den Ergebnissen der Konferenz von 1935 erreichten die französischen und deutschen Historiker eine Übereinstimmung ihrer Meinungen in 40 strittigen Fragen, und für die übrigen arbeiteten sie allgemeine „Empfehlungen“ für die Autoren von Lehrbüchern aus. Weitere Fortschritte konnte eine zweite Konferenz erzielen, die 1952 in Tübingen tagte<sup>8)</sup>. Im Gegensatz zu diesem gewissermaßen amtlichen Unternehmen trat eine kleine Gruppe westdeutscher Historiker, unterstützt vom Internationalen

Schulbuchinstitut in Braunschweig, mit der Anregung hervor, ein gewisses Programm für das aufzustellen, „was ganz allgemein nach Ansicht der Teilnehmer (an dieser Diskussion) in den deutschen Schulbüchern über die deutsch-polnischen Beziehungen und über die polnische Geschichte gesagt werden muß“. An dieser, wie der Verfasser betont, privaten Initiative hatten folgende Herren aktiven Anteil: Professor Herbert Ludat (Münster), Professor Otto Forst de Battaglia (Wien), Freiherr v. Braun (Göttingen), Professor Werner Conze (Münster), Professor Heinrich Heffter (Technische Hochschule Braunschweig) und Professor Walter Maas (Braunschweig). Das Ergebnis der Beratungen und Diskussionen sind die 47 Thesen über die deutsch-polnischen Beziehungen, die Dr. Enno Meyer aus Oldenburg aufgestellt hat.

Diese Initiative der westdeutschen Historiker kann man mit gebührender Anerkennung begrüßen. Die Frage, wie sich die Beziehungen zwischen dem polnischen Volk und dem gesamten deutschen Volk gestalten, ist nicht nur ein politisches Tagesproblem, sondern auch ein Kultur- und Erziehungsproblem, das über das Geschichtsbild bis in die Gegenwart hinein wirkt. Ein augenfälliges Beispiel, welch positive Resultate sich auf diesem Wege erreichen lassen, können auch die immer lebhafteren wissenschaftlichen Kontakte zwischen den Vertretern der polnischen Wissenschaft und denen der Deutschen Demokratischen Republik sein, und zwar gerade auf dem Gebiete gemeinsamer historischer Forschungen. Diese Beziehungen haben in außerordentlich wirksamer Weise dazu beigetragen, daß die allgemeine Konzeption einer politischen Annäherung der beiderseitigen Bevölkerung verwirklicht wurde. Ihnen ist es zu danken, daß aus unseren Lehrbüchern praktisch alle emotionellen und herabsetzenden Beurteilungen des deutschen Volkes als Ganzes verschwunden sind. Unsere Kinder werden im Geiste der Achtung für alle fortschrittlichen sozialen und kulturellen Errungenschaften Deutschlands erzogen. Es mag sein, daß unsere Lehrbücher dies noch in unzulänglicher Form tun und noch in zu geringem Grade synthetische Grundsätze des historischen Materialismus bei der Beurteilung einzelner Persönlichkeiten und Ereignisse heranziehen, aber der gute Wille, ein objektives Urteil zu gewinnen, ist die gemeinsame Sorge der Geschichtslehrer sowohl der Unterstufe wie auch der Oberstufe. Als einen positiven Versuch, diesen bei den breiten Massen beiderseits der Grenzen ansteigenden Tendenzen entgegenzukommen, müssen wir auch die obigen Thesen bewerten.

Der Verfasser bezeichnet sie mit Recht als eine Anregung zur Diskussion. In der Vorbemerkung betont er, daß er sich besonders mit den Abschnitten der Geschichte der beiderseitigen Beziehungen beschäftigt hat, über die es verschiedene Ansichten gibt oder die in den deutschen Lehrbüchern ungenügend behandelt sind. Insbesondere ging es ihm darum, die Tatsachen hervorzuheben, die beide Völker verbinden. Vor allem hütete er sich, Hypothesen oder Ansichten für bare Münze zu nehmen, die nicht von der Mehrzahl der Fachgelehrten als gesichert angesehen werden<sup>9)</sup>. Seine Thesen umfassen zwar auch frühgeschichtliche Probleme (z. B. die Urheimat der Slawen und die Frage des Überdauerns einer deutschen Restbevölkerung östlich der Elbe nach der Völkerwanderung), grundsätzlich aber hat er sich doch mit den durch schriftliche Quellen zu erschließenden Zeiten beschäftigt, d. h. also, von den Zeiten Mieszkos I. angefangen bis in die Gegenwart. Von vornherein muß man ein Bedauern darüber ausdrücken, daß der Verfasser nicht die wissenschaftlichen Unterlagen für seine Formulierungen mitgeteilt hat. Das hätte es erlaubt, die Diskussion auf eine mehr konkrete Weise zu führen. Zeitweilig kann nämlich ein Unterschied in

<sup>9)</sup> Hier folgt im Wortlaut E. Meyers „Vorbemerkung“ a und b

<sup>3)</sup> Einen Bericht darüber brachten die „Historisch-didaktischen Nachrichten“ (Wiadomości Historyczno-Dydaktyczne) 1, 1933, Seite 118—120.  
<sup>4)</sup> M. H. Serejski: Der zweite internationale Kongreß für Geschichtsunterricht (Basel, 9. bis 11. Juni 1934) in: Historisch-Didaktische Nachrichten 2, 1934, Seite 158 bis 163.  
<sup>5)</sup> Historisch-didaktische Nachrichten 6, 1938, Seite 265—267.  
<sup>6)</sup> Der Geschichtsunterricht im Dritten Reich wurde von unseren Lehrern der Vorkriegszeit eifrig beobachtet (vgl. z. B. A. Zagan: Das Problem des deutschen Ostens im Geschichtsunterricht des Dritten Reiches, Wiadomości Historyczno-Dydaktyczne 5, 1937, S. 16—20). Es wäre erwünscht, wenn sich auch unsere heutigen Geschichtslehrer für dieses Problem interessierten.  
<sup>7)</sup> In dieser Angelegenheit muß man noch eine Äußerung von Professor Dąbrowski abwarten.  
<sup>8)</sup> P. Herre in: Historische Zeitschrift 175, 1953, Seite 437—439.

den Auffassungen schon durch die beschränkten Informationsquellen hervorgerufen werden.

Meine Bemerkungen sind selbstverständlich nur eine Stimme in der Diskussion. Das Problem selbst verlangt einen weitgespannten Meinungsaustausch. Man kann außerdem kaum verlangen, daß das Ergebnis einer solchen Diskussion alsbald zu einer Übereinstimmung der Meinungen führt. Es scheint mir, daß die französischen und deutschen Kollegen in ihren Gesprächen in Mainz und Tübingen eine richtige Methode angewandt haben, als sie, um konkrete Ziele zu erreichen, die noch ungeklärten Fragen für weitere Besprechungen zurückstellten. Als Fachleute sind wir uns über die Stärke der Tradition, und zwar insbesondere der Tradition der Geschichtsschreibung, im klaren. Gewisse Anschauungen sind so sehr im Bewußtsein bestimmter Gesellschaftskreise verwurzelt, daß es nur die Lösung erschweren würde, wenn man ihre sofortige Umgestaltung verlangte. In Übereinstimmung mit den Forderungen der wissenschaftlichen Methode müssen wir diesen Anschauungen die Möglichkeit einer weiteren Entwicklung geben.

Unter diesen Gesichtspunkten können wir, so scheint es mir, die hier diskutierten Thesen in drei Gruppen einteilen:

1. In solche, denen gegenüber keine Vorbehalte zu machen sind,
2. in solche, bei denen wir im gegenwärtigen Stand der Diskussion besonders bei dem gegenwärtig politisch komplizierten Stadium der deutsch-polnischen Beziehungen gegenseitige Nachsicht walten lassen müssen, und
3. in solche, bei denen wir, um der Wahrheit zu dienen und um die Diskussion zu vertiefen, gewisse Vorbehalte machen oder andere Formulierungen vorschlagen müssen. Gleichzeitig muß unterstrichen werden, daß zum Gegenstand unserer Prüfung nicht nur das gehört, was der Verfasser berührt hat, sondern auch das, was er aus technischen, wissenschaftlichen oder sogar methodologischen Gründen in seinen Thesen übergangen hat. Es geht darum, daß die Geschichte der deutsch-polnischen Beziehungen sich nicht nur aus vielen, miteinander kaum in Beziehung stehenden „Ereignissen“ zusammensetzt, sondern daß diese Beziehungen eine geschlossene Reihe von Tatsachen bilden, die fest miteinander verbunden sind. Die wichtigste Aufgabe des Historikers ist es gerade, diese ursächlichen Verbindungen aufzuzeigen. Dieses Verfahren eliminiert nämlich alle emotionalen, subjektiven Erklärungen der Wirklichkeit und bringt die historischen Tatsachen auf den Boden der objektiven Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung. In dieser Formulierung ist sogleich die Forderung enthalten, die polnisch-deutsche Vergangenheit unter all ihren Gesichtspunkten zu zeigen: dem wirtschaftlichen, dem sozialen, dem politischen und dem kulturell-ideologischen.

In meinen Bemerkungen möchte ich zunächst einige Thesen (sie alle zu unterbreiten ist in diesem begrenzten Rahmen nicht möglich), von diesem ersten, formellen Gesichtspunkt her ausgehend, prüfen:

In These 7 wird die Ansicht geäußert, daß Bolesław Chrobry „Patricius“ des damaligen Römischen Reiches war, daß Otto III. in Gnesen ein Erzbistum gegründet hat, daß die Bildung dieses Erzbistums einigend auf die Gesamtheit des polnischen Staates eingewirkt habe, daß Bolesław Chrobry Pommern erobert hat und daß er sich im Jahre 1024 mit Zustimmung der Kurie zum König krönen ließ. Die Ansicht vom „Patriciat“ des Bolesław Chrobry ist eine Hypothese, die sogar von deutschen Historikern bekämpft wird (zuletzt von Appelt); diese Hypothese sollte also der

Vorbemerkung entsprechend hier nicht gebracht werden. Otto III. konnte kein Erzbistum gründen, denn die weltliche Ausstattung wurde durch den polnischen Herrscher gesichert, und die kirchlichen Angelegenheiten waren Sache des Papstes (dieser seit langem tiefeingewurzelte Unsinn wird immer wiederholt, obwohl P. Kehr im Jahre 1920 die Umstände der Entstehung des Erzbistums Gnesen genau erläutert hat). Wenn wir die einigende Wirkung der Metropolitanorganisation in Polen unterstreichen und die Rolle anderer einigender Faktoren vollständig übergehen, dann entsteht auf diese Weise ein falsches Bild von der Rolle der Kirche im mittelalterlichen Staat. Pommern wurde schon zu Zeiten Mieszkos I. erobert, von Bolesław Chrobry wird ganz im Gegenteil behauptet, daß er es verloren habe. Von einem Einverständnis der Kurie zu der Krönung Boleslaws ist nichts bekannt, man kann eher annehmen, daß unter den damaligen Bedingungen (offene Ablehnung durch den deutschen Herrscher) dieses Einverständnis wenig wahrscheinlich war.

Der sogenannte „Drang nach Osten“ wird in These 8 durch die vergleichende Methode erläutert, indem darauf hingewiesen wird, daß ähnliche Erscheinungen in gewissen Geschichtsabschnitten auch bei den Franzosen, Italienern, Dänen, Schweden, Tschechen und auch bei den Polen selbst festzustellen sind. Das ergab sich aus der Überlegenheit der westlichen Kultur (und zwar der materiellen, sozialen und geistigen) gegenüber der Kultur der weiter östlich lebenden Völker. Die Parallele ist richtig, aber hier fehlen konkrete Hinweise auf bestimmte Faktoren der geschichtlichen Entwicklung (nämlich auf die ungleichmäßige Entwicklung der Produktionskräfte in den verschiedenen Ländern), die eine solche Erscheinung von ihrer gesetzmäßigen Entwicklungslinie her erklären und somit erlauben, verschiedene anscheinend beziehungslose Erscheinungen der geschichtlichen Entwicklung zuzuordnen. Darauf kommen wir noch zurück.

In den Thesen 9 bis 12 werden die Beziehungen zwischen Polen und dem Römischen Reich charakterisiert, und zwar besonders die Stellung Pommerns und Schlesiens. Diese Thesen enthalten eine Menge von Ungenauigkeiten. Es wird z. B. festgestellt, daß von den Zeiten Ottos I. (936—973) bis zum Tode Albrechts I. (1308) die deutschen Herrscher die Oberlehnherrschaft über Polen beansprucht haben. Indessen war nur Bolesław Chrobry ein Lehnsträger des Reiches für die Lausitz und das Milzener Land in den Jahren 1013 bis 1018. Von der deutschen Seite ist nur bekannt, daß sie die Zahlung eines Tributes forderte<sup>10</sup>.

Unklar sind die Verpflichtungen, die Bolesław Kraushaar 1157 in Krzyszkowo eingehen mußte. Wir kennen keine praktischen Konsequenzen, die sich aus der Lehnsabhängigkeit in den deutsch-polnischen Beziehungen ergeben hätten (Entsendung von Hilfstruppen, Erscheinen auf den Hoftagen, Teilnahme im Fürstentrat des Reiches u. ä.). Im Jahre 1135 hat Bolesław Schiefmund sich zur Zahlung eines Tributes für Pommern und Rügen verpflichtet. Ein Tributärverhältnis ist aber bekanntlich nicht das gleiche wie ein Lehnsverhältnis. Im 13. Jahrhundert wurde Pommern mittelbares Reichslehen, indem es die Herrschaft Brandenburgs anerkannte, das unmittelbare Lehnsverhältnis aber entsteht erst seit 1338 und 1348 (übrigens nur für kurze Zeit). Unklar ist für mich der Satz, daß Hinterpommern und Rügen (!) im 13. Jahrhundert Reichslehen wurden.

Wir stellen hier einen Mangel an terminologischer Präzision bei der Charakterisierung politischer Verhältnisse fest. Es scheint, daß der Autor die Begriffe brandenburgisch und deutsch gegeneinander auswechselt (die Erfolge Brandenburgs bucht er

<sup>10</sup> Diese Probleme hat M. Z. Jedlicki: Stosunek prawny Polski do Cesarstwa do r. 1000 (Das Rechtsverhältnis Polens zum Römischen Reich bis zum Jahre 1000), Posen 1939, sehr ausführlich besprochen.

auf das Konto des Reiches). Er ist dann aber nicht konsequent, wenn er Tatsachen aus der polnischen Geschichte charakterisiert, denn pommersch und schlesisch bedeuten für ihn nicht das gleiche wie polnisch, obwohl Pommern und Schlesien zu dieser Zeit Teile des polnischen Staates waren, der sich im Stadium feudaler Zersplitterung befand. Daher kommt es wahrscheinlich, daß der Autor Gebiete, die vorübergehend unter der Oberhoheit Brandenburgs standen, für Reichslehen ansieht (wenn der Autor in dieser Hinsicht konsequent wäre, müßte er auch Pommerellen [Pommern — Danzig] um das Jahr 1269 als Reichslehen ansehen!). Die Erwähnung der Oberherrschaft über Rügen im 13. Jahrhundert beruht wohl auf einem Mißverständnis. Das Ausscheiden Schlesiens aus der politischen Gemeinschaft mit dem Rest der polnischen Gebiete wird auf das Jahr 1280 angesetzt, das ist auch das Datum der Anerkennung der Lehnsherrschaft von König Rudolf über das Herzogtum Breslau durch Heinrich IV. Tatsache ist aber, daß diese Abhängigkeit einen völlig ephemeren Charakter hatte. Als dauerhaft erwiesen sich dagegen die politischen Bindungen Schlesiens an Böhmen. Aber die Erklärung dieser Tatsache verlangt eine gründlichere sozialökonomische Analyse, von der aber in den Thesen nichts zu finden ist.

Die Thesen 13, 14 und 16 beschäftigen sich mit der Geschichte des Deutschen Ordens. Der apologetische Ton übt hier eine genau gegenteilige Wirkung aus. Dazu trägt der Autor selbst durch seine ungeschickten Formulierungen bei. Über das Kulmer Land, den eigentlichen Sitz des Ordens, wird gesagt, daß Konrad von Masowien es „abgetreten“ habe. Vom Preußenland als einem heidnischen Lande heißt es, daß es nach den damaligen Vorstellungen herrenloses Land gewesen sei und auf Grund dessen dem Orden durch Kaiser und Papst übereignet worden sei. Der Autor schließt: „... er hat also einwandfreie Rechtstitel.“ Der Autor ist sich nicht darüber klargeworden, daß die Verleihung des Preußenlandes als eines herrenlosen Landes nach den damaligen Rechtsvorstellungen geschah, daß aber die Feststellung, daß der Rechtstitel „einwandfrei“ sei, nach seinen eigenen gegenwärtigen Vorstellungen getroffen wird.

Nun ist jedoch nach den gegenwärtigen Begriffen die Inbesitznahme des Preußenlandes ein Unrecht gewesen. Im vorliegenden Falle ist es die Aufgabe eines Historikers, die Vorgänge zu erklären, er kann aber nicht die Rolle des Rechtsanwaltes übernehmen.

Die Thesen klagen darüber, daß der Orden in Westeuropa gewöhnlich unter dem Einfluß der Anschauungen der Aufklärung beurteilt wird, in Deutschland und Polen aber unter dem Einfluß der Romantik und des Nationalismus. Diese an sich nicht unrichtige Bemerkung lenkt die Aufmerksamkeit vom Kern der Sache ab. Seinen guten oder schlechten Ruf hat der Deutsche Orden nicht allein erworben, er teilt ihn mit den anderen Ritterorden, in erster Linie mit den Templern. Es wäre unrichtig, wenn wir den Orden danach beurteilen wollten, was er selbst über sich aussagte, oder, noch schlimmer, wenn wir uns nur vom Blick auf die hohen Aufgaben leiten ließen, die er zu erfüllen hatte. Diese Aufgaben konnten sogar in einer gewissen Periode und im Hinblick auf damalige Erfordernisse von den Zeitgenossen des Ordens anerkannt werden (die Krankenpflege, die Verteidigung und der Schutz der Pilger und sogar der Kampf gegen die Heiden im Sinne der Kurie). Diese Aufgaben überlebten sich rasch und verloren an Aktualität. Bestehen blieb aber die traditionelle Form einer ritterlich-feudalen Ordensorganisation, die in immer schärfere Konflikte mit den sie umgebenden Gesellschaftsordnungen geriet. Der Deutsche Orden war nur für eine kurze Zeit ein wirklicher Ritterorden; danach wurde er zum

Großgrundbesitzer, zum Feudalherrn, zum Schöpfer eines Ordensstaates, dessen Organisation als schwere Last auf den Schultern der eigenen Untertanen lag.

Das geschichtliche Urteil über ihn haben eben diese Untertanen gesprochen, indem sie sich zum erstenmal im Jahre 1410 gegen ihn erhoben und dann fast ohne Unterlaß bis zum Dreizehnjährigen Krieg den Kampf fortsetzten. Das Urteil hat sich der Orden selbst gesprochen, als er sich im Jahre 1525 auflöste. Aufgabe des Historikers ist es, zu erklären, unter welchen Bedingungen sich das Absterben dieses Ordensstaates und anschließend seine Umgestaltung in einen weltlichen Staat vollzogen hat. Bei einer solchen Charakteristik sind alle Werturteile unnötig; es genügt, die Tatsachen darzustellen. An dieser Stelle vermißt man schmerzlich eine These, die der Geschichte der Mark Brandenburg unter den Hohenzollern gewidmet wäre.

Die Thesen 15 und 19 besprechen die deutsche Kolonisation in Polen. Der Autor hat sich dabei hauptsächlich auf die Probleme der ländlichen Siedlung konzentriert. Dabei sind die evolutionären Momente in der Entwicklung des polnischen Dorfes ungenügend hervorgehoben. Auch wird der Unterschied zwischen der Ansiedlung zu deutschem Recht und der Ansiedlung deutscher Bevölkerung nicht sichtbar gemacht. Diese Tatsachen werden aber heute allgemein anerkannt, und deswegen bilden die Formulierungen dieser Thesen einen gewissen Rückschritt. Es ist unrichtig, die Legende aufrechtzuerhalten, daß die mittelalterliche deutsche Siedlung hauptsächlich die leeren Wald-, Sumpf- und Gebirgsgegenden oder die durch die Tatareneinfälle wüst gewordenen Gegenden erfaßte. Die Rolle der Tatareneinfälle wird übertrieben. Die Tatsachen geben keine Bestätigung für das Wüstwerden von Landgebieten, denn die territoriale Reichweite dieser Einfälle war naturgemäß recht bescheiden und traf vor allem die städtischen Zentren. Die Siedlung entwickelte sich auch auf den Gebieten, die nicht von Tatareneinfällen betroffen worden waren. Was aber die Ansiedlung deutscher Bevölkerung betrifft, so ist bekannt, daß sie vor allem von den Klöstern betrieben wurde, die im allgemeinen die besten Böden besaßen. Die Siedlung zu deutschem Recht macht eine vorherige Geldwirtschaft als Voraussetzung notwendig. Sie entwickelte sich deshalb vor allem im Einzugsbereich der Städte. Um das zu erkennen, genügt es, einen Blick auf die Karte der Siedlungen zu werfen.

Dagegen scheint es, daß die Thesen die Bedeutung der Siedlung zu deutschem Recht in den Städten nicht ausreichend hervorheben, die der Siedlung auf dem Lande vorausging. Die Entwicklung der Warenproduktion in den Städten war eine Vorbedingung für die Entwicklung der ländlichen Siedlung. Während im Leben der Landbevölkerung die Ansiedlung deutscher Menschen keine größere Rolle spielte, so besaß für die Entwicklung der Städte der Einstrom deutscher Handwerker und Kaufleute eine wesentlich größere Bedeutung (bessere Arbeitsgeräte, technische Ausbildung, Kontakte mit einem größeren Absatzmarkt, Kampf um die Selbstverwaltung der Stadt als eine Vorbedingung der Produktionsentwicklung u. ä.). In diesem Bereich bewegen sich die Thesen nur an der Oberfläche der Probleme.

Ebenso wird der Antagonismus zwischen der polnischen und der deutschen Stadtbevölkerung nur von der formalen Seite her festgestellt. Dieser Antagonismus war aber weiterreichend, denn er umfaßte alle Schichten des Volkes (vor allem Geistlichkeit und Adel), wenn er auch am schärfsten in den Städten auftrat. Diese Erscheinung wird nur auf dem Hintergrund der das polnische Volk bewegenden Einigungsbestrebungen verständlich. Der polnischen Konzeption nationaler Einigung stellte nämlich das deutsche Bürgertum eine eigene Konzeption entgegen, die Anlehnung bei den benachbarten Herrschern in Deutschland und Böhmen suchte.

Das Verschwinden der deutschen Stadtbevölkerung bereits im 15. Jahrhundert muß durch die allgemeine Bevölkerungsentwicklung erklärt werden. Die Stadtbevölkerung starb infolge der schlechten sanitären Verhältnisse rasch aus und wurde durch die Landbevölkerung ergänzt. Da das Hinterland der Städte polnisch war, mußte diese Bewegung rasche Veränderungen in der ethnischen Zusammensetzung der Städte hervorrufen. Neben dem festgestellten Abfluß des städtischen Patriziates auf das Land muß auch der Zustrom des armen Kleinadels in die Städte berücksichtigt werden, der ebenfalls einen Einfluß auf die ethnische und politische Entwicklung in diesen Milieus ausübte.

Vollständig übergangen ist die zweite deutsche Kolonisation im 16. und 17. Jahrhundert. Sie ist aber wichtig zum Verständnis der ethnischen Veränderungen in Pommerellen und in Schlesien.

In den Thesen 18 und 21 werden kulturelle und wissenschaftliche Beziehungen behandelt. In den Vordergrund wird die Person des Kopernikus gestellt, an zweiter Stelle wird das Krakauer Kulturzentrum besprochen. Im ersten Fall wird das ganze Interesse auf die deutsche Herkunft von Kopernikus konzentriert, im zweiten kann der weniger gut orientierte Leser die Vorstellung gewinnen, daß deutsche Gelehrte, Künstler, Drucker und Kaufleute die Schöpfer der geistigen Kultur in Krakau waren. Man muß aber daran erinnern, daß Krakau im 15. und 16. Jahrhundert nicht das einzige Zentrum kulturellen Lebens in Polen war. Was Kopernikus betrifft, so ist es unbestritten, daß er in einer polnischen wissenschaftlichen und kulturellen Umgebung aufgewachsen ist und daß er sich außerordentlich eng mit dieser verbunden fühlte. Außerdem stand er im Konflikt zwischen Polen und dem Deutschen Orden eindeutig auf der Seite der Interessen des polnischen Staates, was übrigens vom Autor hervorgehoben wird. Es ist auch unrichtig, die Tätigkeit des Kopernikus von den Thesen zu trennen, die die Entwicklung des wissenschaftlichen Lebens in Polen zur Zeit der Renaissance darstellen, denn entgegen der Wahrheit gewinnt man den Eindruck, daß Kopernikus mit diesem wissenschaftlichen Leben nichts zu tun hatte. Bekanntlich hat er aber an der Universität in Krakau studiert.

Die Thesen 17, 22 und 23 beschäftigen sich mit dem Herzoglichen Preußen und mit Brandenburg. In ihnen werden vor allem rechtsgeschichtliche Fragen (das staatsrechtliche Verhältnis Preußens zu Polen) und Nationalitätenfragen behandelt. Dabei wird aber die außerordentlich wesentliche Frage der Übertragung des preußischen Lehens auf die kurfürstlich-brandenburgische Linie der Hohenzollern (1563, 1578, 1605, 1609, 1611, 1618) übergangen. Von den Masuren wird gesagt, daß sie sich auf Grund ihres evangelischen Bekenntnisses als „preußische Landeskinder“ fühlten. Doch muß zur Erläuterung gesagt werden, daß von einem solchen preußischen patriotischen Bewußtsein im 16. Jahrhundert (welches die These 17 behandelt) keine Rede sein kann, und daß die Masuren zu dieser Zeit ganz und gar Polen waren. Der Autor hat hier Erscheinungen des 19. Jahrhunderts anachronistisch drei Jahrhunderte vorverlegt. Die These 23, die sich hauptsächlich auf die Bemühungen der brandenburgischen Hohenzollern um die polnische Krone konzentriert (die im übrigen erfolglos waren), erschöpft die damaligen polnisch-brandenburgischen Beziehungen nicht im geringsten. Es werden dabei die für Polen entscheidende Tatsache der Einnahme von Pommern durch Brandenburg und Schweden nach dem Aussterben der pommerschen Herzoglinie und die Bemühungen Wladyslavs IV. um die Gewinnung von Pommern-Stolp in den Jahren 1646 und 1647 mit Stillschweigen übergangen.

Die Thesen 24, 26 und 27 behandeln die innere Verfassung Polens und die Herrschaft der Sachsenkönige als Einleitung zu den Teilungen Polens. Die Ursachen für

Polens Niedergang leitet der Autor in altgewohnter Weise aus der „Staatsform“ ab. Polen charakterisiert er als ein nach dem Nordischen Krieg „herrenloses Land“. Die Teilnahme Preußens und Österreichs an den Teilungen Polens sieht er als eine Art Notwendigkeit an. Nach seiner Meinung standen Österreich und Preußen vor der Alternative, Polen entweder vollständig russisch werden zu lassen oder ihre Grenzen soweit wie möglich nach Osten vorzuschieben. Die Teilnahme Preußens rechtfertigt er damit, daß die Herstellung einer Verbindung mit Ostpreußen „sehr verlockend“ erschien. Am Schluß verurteilt der Autor sehr entschieden die Teilungen, aber nur unter dem Gesichtswinkel der politischen Folgen, die sie in Mitteleuropa hervorriefen. Das polnische Volk konnte sich nicht in Freiheit entwickeln, und sein Streben nach Unabhängigkeit rief revolutionäre Bewegungen, Verfolgungen und gegenseitigen Haß zwischen den Völkern hervor.

Die moralische Verurteilung der Teilungen und auch der Nachweis, daß sie wegen ihrer Folgen ein Unrecht waren, kann den Historiker nicht befriedigen, obwohl die in den Thesen ausgedrückten Gedanken in durchaus sympathischer Weise formuliert worden sind. Am Beispiel der polnischen Teilungen sieht man am deutlichsten die Unzulänglichkeiten der traditionellen Geschichtsschreibung, die im allgemeinen dazu neigt, die historischen Tatsachen nur auf einer Ebene zu erläutern, ohne sie mit der Gesamtheit der geschichtlichen Entwicklung in Verbindung zu bringen. Die Teilungen sind nämlich nicht nur ein politisches Ereignis und lassen sich nicht nur aus der Staatsform Polens im 17. und 18. Jahrhundert erklären. Ihr Untergrund wird von ökonomischen, sozialen und politischen Tatsachen verursacht, und ihre Folgen sind gleichfalls bedeutsam. Sie umfassen alle Ebenen der geschichtlichen Entwicklung Polens: Sie haben sich nämlich außerordentlich ungünstig für die wirtschaftliche Entwicklung der polnischen Gebiete ausgewirkt, haben für viele Jahrhunderte auf ungeheuren Landgebieten Polens konservative Produktionsverhältnisse stabilisiert (und zwar die des Feudalismus und des Junkertums), haben Kriege und Aufstände hervorgerufen und haben schließlich die kulturelle Entwicklung des polnischen Volkes gehemmt (Benachteiligung von Wissenschaft und Schulwesen durch die Teilungsmächte, ungleichmäßige Entwicklung des Nationalbewußtseins u. ä.). In ähnlich vertiefter Weise müssen auch die Gründe für den Untergang Polens analysiert werden. Die jetzigen Formulierungen der These 35 (muß richtig heißen 27, d. Ü.) sind unrichtig und stimmen mit den Tatsachen nicht überein. Im Jahre 1772 gab es nämlich keine Alternative, daß Polen „entweder russisch“ oder umgekehrt „preußisch“ zu werden gezwungen war. In der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts war Polen vielmehr auf dem Wege zu einer wirtschaftlichen Renaissance und begann, grundlegende Reformen der Sozialverfassung und der Staatsform durchzuführen. Die Teilungen haben diese Entwicklung in brutaler Weise unterbrochen. Dabei ist die inspirierende und aggressive Rolle Preußens nicht zu bezweifeln.

In These 30 ist der Gedanke, daß die Teilungsmächte nach dem Wiener Kongreß an der Erhaltung der damaligen politischen Situation interessiert waren und deshalb „konservative Politik betreiben mußten“, nicht klar herausgearbeitet. Der Verfasser unterscheidet hier wiederum nicht die Ebene der politischen Beziehungen von allen anderen Faktoren der geschichtlichen Entwicklung. Die Teilungsmächte betrieben nämlich eine konservative Politik auch auf allen anderen Gebieten, unabhängig von den politischen Verhältnissen. Ihr Konservativismus hatte also eine klassenmäßige

und nicht eine politische Grundlage. Infolgedessen ist auch die Feststellung unklar, daß die Polen in dieser Periode „revolutionär“ eingestellt waren und daß sie an allen gegen die Teilungsmächte gerichteten revolutionären Bewegungen teilgenommen haben. Das gänzliche Übergehen des Klassenkampfes hat hier wiederum den Blick getrübt. Die Polen haben nämlich ziemlich einmütig die Wiedergewinnung der Unabhängigkeit und den Wiederaufbau ihres souveränen Staates als Vorbedingung für eine freiheitliche Entwicklung auf allen Ebenen sozialen Lebens angestrebt, aber das bedeutet noch nicht, daß sie deshalb alle „revolutionär“ eingestellt waren. Ganz im Gegenteil, in vielen entscheidenden Fragen waren die polnischen besitzenden Klassen sogar durchaus konservativ eingestellt.

In den Thesen 31, 32 und 34, 35 charakterisiert der Autor das deutsch-polnische Zusammenleben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Es fällt auf, daß ihn fast ausschließlich die polnisch-preußischen Beziehungen interessieren. Das Außerachtlassen Österreichs ist dabei verwunderlich, denn in dieser Zeit ist Österreich zweifellos ein wichtiger Partner in den allgemeinen deutsch-polnischen Beziehungen. In der These 31 hat der Autor die verderbliche Rolle der preußischen Zollbestimmungen vom Jahre 1823 richtig herausgestellt, die den Untergang der Tuchindustrie in Posen, Schlesien und Sachsen (wir würden hier auch noch Pommern hinzufügen) zur Folge hatten und die Weber zwangen, auf das Gebiet Kongreßpolens überzugehen. In dieser These wird aber nicht die wirtschaftliche Gemeinsamkeit hervorgehoben, die trotz der Grenzpfähle die Gebiete des ehemaligen Polens miteinander verband, und es fehlt auch eine Betonung der reaktionären Rolle der preußischen Wirtschaftspolitik gegenüber Polen. Nach unserer Meinung wird die preußische Politik im Großherzogtum Posen ungenügend und sogar in gewisser Weise in Widerspruch mit dem heutigen Stand der Forschung dargestellt. Der Verfasser begnügt sich hier mit der Feststellung, daß der Wiener Kongreß der polnischen Bevölkerung gewisse Grundrechte für die Erhaltung der Nationalität gesichert habe, wie z. B. die Erhaltung und Gleichberechtigung ihrer Sprache in Behörden und Schulen, den Besitz eigener Schulen u. a. m. Daß den Polen diese Zugeständnisse gemacht wurden, kann man doch wohl kaum als eine Art der Privilegierung ansehen. Man muß vielmehr fragen, ob die Polen unter der preußischen Herrschaft die Möglichkeit hatten, ihre Sprache, ihr geistiges Leben, ihr Schulwesen usw. frei zu entwickeln. Auf diese Frage geben die Thesen, die die Verhältnisse in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts charakterisieren, eine vernichtende Antwort. Das polnische Schulwesen befand sich damals in Verfall, die polnische Sprache wurde aus dem Unterricht verdrängt. Man sollte sobald als möglich eine Neuauflage des berühmten Werkes von Gisevius: Die polnische Sprachenfrage in Preußen (1848) vornehmen, das ein beredtes Zeugnis der preußischen Nationalitätenpolitik dieser Zeit ist. Unrichtig erscheint auch die Behauptung, daß die preußischen Behörden keine Germanisierung der polnischen Provinzen anstrebten. Es genügt hier, das Buch von M. Laubert: Die preußische Polenpolitik von 1772 bis 1914 (1944) heranzuziehen, der übrigens der Meinung ist, daß die preußischen Behörden die Germanisierung in zu geringem Grade vorangetrieben hätten und daß sie ihre wirtschaftlichen Möglichkeiten in dieser Hinsicht nur ungenügend ausgenutzt hätten (z. B. den berühmten Sonderfonds Flottwells für den Landaufkauf, den „Güterbetriebsfonds“). Was die Teilnahme des polnischen Adels an der preußischen Verwaltung des Großherzogtums Posen angeht, so ist zu bemerken, daß das Großherzogtum polnisches Land war und daß die Übernahme von Verwaltungsfunktionen durch Polen eine ganz selbstverständliche Erscheinung war. Es ist aber bekannt, daß die preußischen Behörden nach dem Völkerfrühling danach

strebten, die Polen aus der Verwaltung auszuschließen, und daß mit der Zeit nur noch Renegaten in die höheren Ämter vordrangen. Unrichtig scheint uns auch die Interpretation der Bauernbefreiung (1823) zu sein. Der Verfasser sieht in dieser Reform nur das Streben der preußischen Behörden, sich die Sympathien der Bauern zu sichern, die er als „staatsreu“ bezeichnet. Er übergeht dabei die revolutionäre Wirkung der Entwicklung der Produktionskräfte, den Fortschritt in der Ackerbautechnik, die Stabilisierung neuer Produktionsverhältnisse im Zuge der Verdrängung des Feudalismus durch den Kapitalismus u. a. m.

Nicht ganz unrichtig ist die Feststellung in der These 35, daß die polnische Bevölkerung im Posener Land sich infolge der Freiheitsbewegung des Völkerfrühlings „gegen die dortigen Deutschen“ wandte, als vollständig fehlerhaft müssen wir aber den Schlußsatz bezeichnen, daß nach dem Jahre 1848 „Polen und Deutsche zu Gegnern werden“. Die Freiheitsbewegungen des Völkerfrühlings richteten sich vor allem gegen die reaktionären Regierungen. Der Konservatismus der preußischen Herrschaft in Polen wurde zusätzlich von den anomalen politischen Verhältnissen gefördert, wie in These 30 richtig bemerkt wurde. Die polnische Bevölkerung im Posener Land wandte sich also nicht gegen die Deutschen als solche, sondern gegen die reaktionäre preußische Herrschaft, die die Interessen einer dünnen Schicht von Beamten, Höflingen und Junkern verteidigte. Die fortschrittlichen Kräfte des damaligen deutschen Volkes (z. B. im Frankfurter Parlament) unterstützten die Freiheitsbestrebungen der Polen. Bekanntlich waren jedoch diese Kräfte damals noch zu schwach, als daß sie es hätten durchsetzen können, daß die polnisch-deutschen Beziehungen auf eine gerechtere Grundlage gestellt wurden. Man muß infolgedessen energisch gegen die Auffassung protestieren, daß es infolge dieses Konfliktes, der doch ganz im Gegenteil Zeugnis für die deutsch-polnische Freundschaft ablegt, zur Entstehung von Feindschaft zwischen dem polnischen und dem deutschen Volk gekommen sei.

Da es auch hier an terminologischer Präzision mangelt, und da Begriffe, ohne daß sie recht durchdacht sind, identifiziert werden (z. B. wird preußisch mit deutsch gleichgesetzt, die herrschenden feudalen Schichten mit dem deutschen oder dem polnischen Volk usw.), wird die an und für sich schon schwierige Problematik noch zusätzlich verdunkelt.

Über die neueste Zeit möchte ich hier nicht so eingehend sprechen. Im gegenwärtigen Stadium der Diskussion sollte man lieber einige allgemeine Grundsätze formulieren, die es möglich machen sollten, die einzelnen Streitfragen positiv zu entscheiden.

Wie ich schon am Anfang bemerkte, muß man die vorliegenden Thesen nicht nur der Form nach, sondern auch dem Inhalt nach untersuchen. Die formalen Fehler lassen sich leicht entfernen. Wenn wir aber beginnen, uns in die Grundlagen der verschiedenartigen Erscheinungen im Gebiet der polnisch-deutschen Beziehungen zu vertiefen, wenn wir vor allem die Ursachen für die jeweilige tatsächliche Gestaltung dieser Beziehungen im Laufe der Geschichte begreifen wollen, dann müssen wir unbedingt danach streben, ihren Platz im Gesamtprozeß der geschichtlichen Entwicklung zu definieren und die hauptsächlich treibenden Kräfte dieses Prozesses zu erkennen. Es interessiert uns hier der eigentliche Inhalt der deutsch-polnischen Beziehungen, d. h. ihre ökonomische, soziale, politische und ideologische Bedingtheit. Die konkreten Tatsachen, die Ereignisse, ja, sogar eine ganze Reihe von Erscheinungen sind nämlich nur die Summe wesentlich komplizierterer Komponenten, bei denen vor allem die jeweiligen Klassenverhältnisse sorgfältig analysiert werden müssen.

In bezug auf den Inhalt müssen wir in den Thesen nicht nur das bewerten, was der Autor in seinem Versuch gesagt hat, sondern auch das, was er aus verschiedensten Gründen nicht in die Thesen aufgenommen hat, was aber nach unserer Meinung einen Beitrag zum besseren Verständnis der Vergangenheit beider Völker leisten kann.

Dieser Gesichtspunkt führt uns an den eigentlichen Kern der Diskussion. Objektive Kriterien für die Beurteilung historischer Ereignisse gewinnt der Historiker nur dann, wenn er auf dem Standpunkt steht, daß die geschichtliche Entwicklung gesetzmäßig abläuft, und wenn er sich infolgedessen damit einverstanden erklärt, daß jede geschichtliche Tatsache auf mehreren Ebenen in analytischer Hinsicht untersucht werden muß und daß andererseits bei der Synthese eine Hierarchie des Einflusses der verschiedenen Ebenen der geschichtlichen Entwicklung auf Einzelergebnisse anerkannt werden muß. E. Meyer beschäftigt sich in seinem Versuch nicht mit dem Problem der Gesetzmäßigkeit der geschichtlichen Entwicklung. Es ist aber erkennbar, daß er seine Tatsachen am häufigsten aus der politischen Ebene wählt und daß er sie auch von der gleichen Ebene aus unter Zuhilfenahme abstrakter Wertmaßstäbe beurteilt, ohne dabei die Beurteilungen und die zusätzlichen Aspekte zu berücksichtigen, die sich aus der Berücksichtigung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse ergeben. Die Diskussion wird also aus rein methodologischen Gründen erschwert. Darum scheint uns auch, daß eine methodologische Vertiefung der Diskussion eine Verständigung im sachlichen Bereich nur beschleunigen könnte.

Wie wir gesehen haben, gibt es nur wenige Thesen, bei denen der polnische Historiker im gegenwärtigen Stadium der Diskussion nicht Vorbehalte vorbringen muß, sei es, indem er einige Tatsachen rein sachlich zu korrigieren hat, sei es, daß er an die Berücksichtigung anderer Tatsachen erinnern muß, sei es, daß er eine allseitige Beleuchtung der einzelnen Ansichten postuliert.

Vor allem aber hat der Autor die wirtschaftliche Problematik der deutsch-polnischen Beziehungen vernachlässigt. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß er im Mittelalter die Rolle der Hanse bei der Gestaltung des polnischen Handels vollständig übergangen hat und daß er in der Neuzeit die revolutionäre Wendung nicht bemerkt hat, die sich in der deutschen Geschichte infolge der Entstehung eines großen Industriegebietes am Niederrhein vollzog. Diese Tatsache hat seit der Mitte des 19. Jahrhunderts nicht nur den Zustrom deutscher Arbeiterbevölkerung in die Gebiete östlich der Oder gestoppt, sondern sie hat darüber hinaus ihren Abfluß nach Westen in erheblichem Umfang (Ostflucht) hervorgerufen. Diese Bewegung wurde von einer Wanderung polnischer Bevölkerung in das Rhein-Ruhr-Gebiet begleitet. Die ungleichmäßige Entwicklung der Produktionskräfte in West- und Ostdeutschland war die objektive Grundlage für die demographischen und ethnischen Veränderungen in Mitteleuropa, die durch die Ereignisse des zweiten Weltkrieges lediglich beschleunigt, aber nicht durch sie hervorgerufen worden sind<sup>11)</sup>. Kurz, die objektive und unaufhaltsame Entwicklung der Produktionskräfte bildete die Grundlage dessen, was wir die deutsche Ostkolonisation nennen, und sie bildete ebenso die Grundlage

<sup>11)</sup> In dieser Hinsicht eilen die Publizisten häufig der offiziellen Geschichtsschreibung voraus. In letzter Zeit hat Berndt Conrad in der westdeutschen Zeitung „Die Welt“ im April 1956 (Nr. 94) diese Frage aufgegriffen und folgendes festgestellt: „Die Umkehr begann nahezu unbemerkt. Ihre Ursache war die elementare Industrialisierung des westlichen Reichsgebiets. Infolge dieser Industrialisierung blieb der Osten weit zurück. Im Westen, vor allem im Ruhrgebiet, industrielle Entwicklung und die Aussicht auf gute Löhne — im Osten dagegen die dürftige Bezahlung des Landarbeiters! Diese Alternative lockte viele Menschen nach Westen. Von 1840—1910 suchten dort rund 739 000 aus Ostpreußen, 744 000 aus Pommern und 637 000 aus Schlesien ihr Glück. Allein im Ruhrgebiet lebten im Jahre 1907 ungefähr 500 000 Menschen aus dem Osten.“ (Zitiert nach A. Placzkowski, *Zycie Warszawy* vom 1. 6. 1956, Nr. 130.)

dessen, das wir als „Ostflucht“ bezeichnen. Das Gesetz der ungleichmäßigen Entwicklung der Produktionskräfte war auch schon früher wirksam. Die schnellere Entwicklung des Handwerks, der Produktion und des Handels in den Ländern Westeuropas hat zu einem gewissen Zeitpunkt zur Entstehung der deutschen Kolonisation in den Slawenländern beigetragen. Die Wirksamkeit dieses Gesetzes beobachten wir auch bei der langsameren Ausbildung der feudalen Produktionsverhältnisse, der Feudalstaaten und der mittelalterlichen Kultur in den slawischen Gebieten. Das gleiche Gesetz wird auch in der verspäteten Annahme des Christentums durch die slawischen Völker erkennbar. Stellt man die Sache so dar, dann zerstört man den Mythos, daß die slawischen Länder, und insbesondere Polen, zivilisatorisch sozusagen jünger seien als Deutschland und überhaupt der Westen, denn die Gründe dieser Verspätung liegen schlechthin in den objektiven Gesetzen der gesellschaftlichen Entwicklung.

Wenn wir diese Problematik in die Diskussion über die deutsch-polnischen Beziehungen einführen würden, dann wäre es möglich, zahlreiche schwierige und einseitig interpretierte Ereignisse von ihrer Ursache her zu erfassen.

Der Verfasser rechnet zu den deutsch-polnischen Beziehungen alles, was sich im Laufe von zehn Jahrhunderten zwischen Polen und Deutschland ereignet hat. Voll Eifer notiert er die Tatsache, daß sich Pommern und Schlesien aus dem Bereich der polnischen Gebiete herausgelöst haben. Er will aber nicht daran denken, daß z. B. der Deutsche Orden oder Brandenburg und später Preußen, obwohl sie das deutsche Volk Polen gegenüber repräsentierten, nicht mit Deutschland als einer nationalen oder politischen Einheit identifiziert werden können. Preußen nahm erst seit 1870/71 eine hegemoniale Stellung in Deutschland ein. Man kann also nicht von deutsch-polnischen Gegensätzen als solchen sprechen. (D. h. wenn brandenburgisch-polnische oder preußisch-polnische Gegensätze gemeint sind, d. Ü.) Man muß aber allgemein von den konkreten Gegensätzen zwischen den Klassen, den Ständen und den Ideologien sprechen und, soweit es die politischen Beziehungen betrifft, lange Zeit nur von Gegensätzen zwischen Polen und dem Orden, zwischen Polen und Brandenburg, zwischen Polen und Preußen oder zwischen Polen und Österreich. Das polnische Volk geriet in einen Antagonismus gegen Deutschland (und in schwächerem Maße gegen Österreich) erst in den Zeiten Bismarcks, also erst in der Periode des Imperialismus. Die Hervorhebung dieser Tatsache ist nicht ohne Bedeutung. Der Antagonismus tritt nämlich zur gleichen Zeit auf, in der die bevölkerungsmäßige und soziale Stellung Deutschlands in Mitteleuropa schwächer wird. Die Aufrechterhaltung dieser Stellung war nur mit Hilfe künstlicher wirtschaftlicher Operationen (Osthilfe, eine Bezeichnung, die übrigens in den Thesen nicht erscheint) oder politischer Maßnahmen (zweier imperialistischer Kriege) möglich. Es wird immer deutlicher, daß ein Staat, der ganz bestimmten gesellschaftlichen Klassen diene, den schon damals vor sich gehenden sozialen und wirtschaftlichen Veränderungen in Mitteleuropa<sup>12)</sup> entgegenwirkte, und er tat es entgegen den politischen Interessen des deutschen Volkes als Gesamtheit.

Die Tatsache, daß der Klassenaspekt übergangen wurde, hat die Thesen über die letzten Perioden deutsch-polnischen Zusammenlebens am stärksten beeinflußt. Es wird nicht nur versäumt, das System Bismarcks von dieser Seite her zu beurteilen, sondern es fehlt auch eine Definition der Stellung der deutschen Arbeiterklasse mit ihren großen Führern Marx, Engels, Bebel, Rosa Luxemburg und Liebknecht an der

<sup>12)</sup> Unter „Mitteleuropa“ ist hier offenbar nicht Mitteleuropa im deutschen Sinne zu verstehen, sondern nur seine östliche Hälfte einschließlich eines Teiles von Ostmitteleuropa, vor allem Polens (d. Ü.).

Spitze zu den freiheitlichen, sozialen und nationalen Bestrebungen des polnischen Volkes. Infolgedessen werden auch die imperialistischen Bemühungen Hitlers, ganz Mittel- und Osteuropa zu beherrschen, nur als ein Ergebnis der diplomatischen Auseinandersetzung dargestellt.

Die zahlreichen kritischen Bemerkungen, die ich hier zum Thema der deutsch-polnischen Beziehungen im Geschichtsunterricht ausgesprochen habe, entsprangen der Überzeugung, daß wir am schnellsten zu unserem Ziele gelangen, wenn wir alle strittigen Gesichtspunkte ehrlich durchdiskutieren. Ich weiß die große geistige Leistung des Autors gehörig zu schätzen, die er bei der Ordnung eines umfangreichen Tatsachenmaterials und bei seiner Vorbereitung für die weitere Diskussion vollbracht hat. Man muß auch die erheblichen technischen und organisatorischen Schwierigkeiten würdigen, mit denen der Autor sich auseinandersetzen mußte. Vor allem aber müssen wir den Mut bewundern, mit dem er den jahrhundertealten Niederschlag von Vorurteilen und Feindseligkeit bekämpft; beide haben sich auf dieser und jener Seite der Grenze reichlich um das Problem der deutsch-polnischen Beziehungen aufgehäuft, und das nicht ohne Schuld der Historiker. Es wäre wünschenswert, daß dieser Austausch von Ansichten sobald wie möglich in praktisches Handeln und in eine allgemeine Diskussion übergeht. Denn es gibt für den Intellektuellen keine erhabere Aufgabe, als der Idee der Verwirklichung von Frieden und Zusammenarbeit zwischen den Völkern zu dienen.

\*